

Herrn
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Friedrich Merz, MdB
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Vorab per mail: bk01@bk.bund.de

Berlin, am 6. Oktober 2025

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir, der Verband der Automobilhändler Deutschlands, vertreten die Interessen der über 6000 Automobilhändler, die Deutschland mobil halten. Wir sind es, die mit über 300.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Autos vermarkten, die die Industrie baut. Unsere Stärke ist, dass wir die Autokunden in Deutschland kennen - besser als alle anderen.

Gerne tragen wir zum Erfolg des Autogipfels bei, indem wir einige Aspekte hervorheben, die nach unserer Erfahrung aus Sicht der Kunden besonders wichtig sind.

Die gegenwärtige Situation ist neben der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit vor allem dadurch gekennzeichnet, dass viele Kunden gegenüber Elektrofahrzeugen immer noch skeptisch sind. Dies hat eine Allensbach-Studie im Auftrag des VDA gerade erst wieder gezeigt. Unsere Mitglieder hören das von vielen Kunden in den Autohäusern.

Einerseits interessieren sich immer mehr Kunden für Elektrofahrzeuge, gerade auch der deutschen Hersteller. Andererseits werden vor allem die Themen Kaufpreis, Strompreis, Reichweite, Ladenetz und Ladegeschwindigkeit kritisch hinterfragt.

Daher schlagen wir zur Stärkung des Automobilstandorts Deutschland eine Dreifachstrategie vor:

1. Verzicht auf das Verbrennerverbot: Wenn eine Technologie durch Verbote durchgesetzt werden soll, erhöht das die Skepsis vieler Kunden. Deswegen lehnen wir auch eine E-Auto-Quote für gewerbliche Flotten ab. Und die Beliebtheit von Plug-in Hybriden zeigt: viele Wege führen zum (Klima-) Ziel. E-Fuels müssen deswegen zu einer realen Option werden. Das ist wirkungsvoller Klimaschutz: kundenfreundlich und innovationsoffen.

2. Attraktive Rahmenbedingungen für Elektrofahrzeuge: Die Dienstwagenbesteuerung bleibt ein zentrales Argument pro E-Auto für unsere Kunden. Deswegen sollte sie nicht angetastet werden. Auch die Kfz-Steuerbefreiung für E-Autos sollte fortgesetzt werden. Neben den Industriestrompreis sollte ein transparenter und günstiger Ladestrompreis treten, denn Laden ist oft zu teuer, die Preise intransparent. Und: die Schnellladeinfrastruktur ist für das Vertrauen in die Elektromobilität besonders wichtig und sollte weiter ehrgeizig ausgebaut werden.
3. Eine Digitalisierungs- und Informationsoffensive: Bei vielen Kunden ist der Informationsstand zu Elektromobilität noch zu gering. Ein zentrales Informationsangebot für Kunden, insbesondere zu Förderprogrammen, der steuerlichen Situation, der Ladeinfrastruktur und den Vorteilen von Elektrofahrzeugen könnte Abhilfe schaffen. Bisher gibt es das nicht. Auch die Digitalisierung der Fahrzeugzulassung muss vorangetrieben werden. Den in der letzten Woche beschlossene Schritt zu einem einheitlichen Fahrzeugzulassungsportal begrüßen wir. Dabei darf es auf dem Weg zu einem vollständig digitalisierten Prozess aber nicht bleiben.

Verzichtet werden sollte auf neue Bonusprogramme oder vergleichbare Instrumente der Absatzförderung. Solche Instrumente erzeugen nur Strohfeuer, fördern Attentismus und motivieren Kunden, nur noch "gefördert" zu kaufen. Außerdem führen sie dazu, dass der Wert von Gebrauchtwagen sinkt, was für alle Fahrzeughalter und den Handel erhebliche Einbußen zur Folge hat.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, unsere Mitglieder wollen, dass die Menschen in Deutschland möglichst viele gute Optionen für eine bezahlbare und nachhaltige individuelle Mobilität haben. Deswegen unterstützen wir mit Nachdruck die Ziele der Bundesregierung zur Stärkung des Automobilstandorts Deutschland.

Frau Bundesministerin Reiche, Herr Bundesminister Schnieder und Herr Bundesminister Schneider erhalten dieses Schreiben ebenfalls.

Gerne stehen wir für ein weiterführendes Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Burkhard Weller
Präsident